

18. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Tommy Tabor (AfD)**

vom 20. September 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. September 2018)

zum Thema:

**Berlin: Forschungsprojekt der Universität Hildesheim zum sogenannten „Kentler-Experiment“ I**

und **Antwort** vom 03. Oktober 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Okt. 2018)

Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

## **A n t w o r t**

**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/16537**

**vom 20. September 2018**

**über Berlin: Forschungsprojekt der Universität Hildesheim zum sogenannten „Kentler-Experiment“ I**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Laut Pressemitteilung vom 17. September 2018 wollen die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und Wissenschaftler der Universität Hildesheim Mitte Oktober zum sogenannten „Kentler-Experiment“ den Rahmen eines Forschungsprojekts vorstellen. Im Zentrum der weiteren Aufarbeitung sollen drei Fragen stehen, die Frage nach schuldhaftem Handeln und Versäumnissen seitens des Senats bzw. Bezirks wird dabei nicht formuliert.

1. Wird die Frage nach schuldhaftem Handeln und Versäumnissen seitens des Senats bzw. Bezirks ein Gegenstand des Forschungsprojekts sein?

2. Wenn ja: Welchen Raum wird die Frage nach schuldhaftem Handeln und Versäumnissen seitens des Senats bzw. Bezirks in dem Forschungsprojekt einnehmen? Wenn nein: Warum nicht?

Zu 1. und 2.:

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hat nunmehr ein Folgeprojekt zur Erforschung des sogenannten „Kentler-Experimentes“ zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen bei pädophilen Pflegevätern beauftragt.

Die Suche nach Versäumnissen und Verantwortlichkeiten bildet eine zentrale Fragestellung in der Aufarbeitung. Die Suche nach der organisatorischen und

fachlichen Verankerung und Verflechtung von Kentlers Wirken in Berlin bildet eine wichtige Grundlage für das weitere Vorgehen.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden Mitte Oktober 2018 den Rahmen des Aufarbeitungskonzepts vorstellen.

Berlin, den 03. Oktober 2018

In Vertretung  
Sigrid Klebba  
Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie